

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

7.7.1923 (No. 155)

Die Entente vor der Entscheidung.

Paris, 7. Juli. Poincaré empfing gestern nachmittags den englischen und nach ihm den amerikanischen Botschafter. In Pariser politischen Kreisen nimmt man von diesen beiden Empfängen mit höchster Unruhe Kenntnis und erblickt in ihnen den Beweis, daß es England bereits gegliückt sei, die Vereinigten Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Frankreich zu gewinnen. Man befürchtet, daß Baldwin nunmehr eine öffentliche Erklärung darüber abgeben wird, daß Frankreich nicht die Absicht habe, in der Ruhr- und Reparationsfrage mit offenen Karten zu spielen. Eine derartige Erklärung Baldwin's wird für Mitte der nächsten Woche erwartet, bei welcher Gelegenheit dann auch zugleich der von der englischen Regierung Frankreich vorgelegte Fragebogen der Öffentlichkeit übergeben würde mit dem Vermerk seitens der englischen Regierung, daß die französische Politik kein klares Bild der Verteidigung gestattet. Verbunden mit einer derartigen Erklärung würde natürlich auch eine Unterstreichung der englischen Auffassung sein, wobei nach der Ansicht hiesiger politischer Kreise besonders der eine Grundgedanke der englischen Auffassung hervorgerufen werden würde, daß durch die Ruhrbesetzung die Leistungsfähigkeit Deutschlands verringert wird.

In englischen Kreisen stellt man sich die Frage, welche Haltung Amerika zu einer eventuellen englischen Sonderaktion einnehmen würde, besonders wenn England von Frankreich die Bezahlung von dessen Kriegsschulden an England fordert. Man glaubt, daß die Regierung Amerika vor Bekanntgabe ihres Standpunktes in der Reparations- und Schuldenfrage verständig wird. Die Tatsache, daß der amerikanische Botschafter in London Harvey seinen Aufenthalt in Washington verlängert wird, wird dem besonderen Wunsch der englischen Regierung zugeschrieben, die wünscht, daß Harvey in London sich befindet, wenn die englische Regierung gezwungen sein sollte, eine Sonderaktion zu eröffnen.

London, 6. Juli. Der Parlamentssekretär des Departements für den Ackerbau, Oberst Buxton, sagte in einer Rede vor der Londoner Handelskammer, die Welt werde von einer neuen großen Welle von Arbeitslosigkeit bedroht. Die schlechte Lage des Handels sei nicht, wie vor zwei bis drei Jahren auf wirtschaftliche, sondern auf politische Ursachen zurückzuführen. Die französische Regierung von der Verkehrtheit ihres Vorgehens im Ruhrgebiet zu überzeugen, sei fehlschlagen. Heute habe man die Wahl, entweder so fortzufahren wie bisher, oder mit Frankreich zu brechen. Es werde immer klarer, daß sehr bald eine Entscheidung erfolgen müsse. Inzwischen seien die Aussichten zwar düster, aber noch sei nicht alle Hoffnung geschwunden.

Der Vorsitzende des Verbandes britischer Handelskammern, Sir Arthur Balfour, sagte zur Regelung der Schwierigkeiten mit Frankreich seien drei Dinge nötig: 1. eine interalliierte Feststellung der Hilfsquellen und versteckten Reichtümer Deutschlands; 2. eine internationale Zone beiderseits des Rheins; 3. Beschlagnahme der deutschen Rohstoffe und Erhebung von Einfuhrzöllen, die in Gold zahlbar sind.

Der vormalige Privatsekretär Lloyd Georges, das Unterhausmitglied Sir Edward Grigg, führte in einer Rede in seinem Wahlkreis aus, die Schwierigkeiten mit Frankreich seien nicht auf die Reparationsfrage zurückzuführen; wenn es sich nur um diese handelte, würde schon eine Regelung erreicht sein. Frankreich fürchte, es werde, wenn es zulasse, daß Deutschland sich erhole, durch die Hilfsquellen und die Organisationsfähigkeit und die ständig wachsende Bevölkerung seines Nachbarn erdrückt werden, ohne daß dieser es nötig hätte, einen Krieg zu beginnen. Demgegenüber wolle Großbritannien Frieden und Wiederaufbau. Wenn Frankreich weiterhin einen unparteiischen Schiedspruch ablehne, so müsse ihm gesagt werden, es solle seinen Weg allein weiter verfolgen. Er hoffe, die Regierung werde Frankreich gegenüber freundlich, aber sehr fest auftreten.

Brüssel, 7. Juli. Man weiß, daß bei der Zusammenkunft vom 6. Juni in Brüssel Poincaré erklärt hat, daß Belgien entschlossen ist, den Kampf an der Seite Frankreichs durchzuführen. Er hat ihn aber gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die wirtschaftliche Lage Belgiens längst nicht so befriedigend wie die Frankreichs ist und daß es infolgedessen im Interesse Belgiens liegt, daß man die durch die Besetzung des Ruhrgebietes eröffnete Krise nach Möglichkeit verkürzt. Die Situation in Belgien ist seither nicht besser geworden. Man sieht das in der Baize des belgischen Franken nicht allein gegenüber dem Pfund Sterling, sondern auch in seinem Verhältnis zum französischen Franken. Unter diesen Bedingungen ist es nicht zweifelhaft, daß die ersten Bemühungen des belgischen Kabinetts in diesen Tagen darauf ausgehen werden, zu einer schnellen Aktion zu treiben, sei es, um den deutschen Widerstand zu brechen, sei es, um die nötige Übereinstimmung zwischen den Alliierten vorzubereiten. Die Arbeit Belgiens in den folgenden Tagen wird die eines Beschleunigers sein.

Münchener Ausstellungen und Feste.

Kunst und Kunstgewerbe — Theater und Film — Industrie — Turner und Sport — Festschalen.

München, Ende Juni. Die Somnologie hat die merkwürdige Erfahrung verzeichnet, daß Kulturobjekte, die krank oder vielleicht durch Hasen beschädigt worden sind, kurz bevor sie umstehen und zugrunde gehen, noch einmal reichste Blüten entfalten. Dieses fast tragische Bild aus der Natur wird ein eingeleiteter Besimist im Sommer 1923 auf München anwenden, das an künstlerischen, industriellen, sportlichen und sonstigen Attraktionen so viel bietet, daß man meinen könnte, es gehe über unsere Kraft. Denn auf der anderen Seite scheint gerade die deutsche Volkstrotz in München einen Gipfel erreicht zu haben, von dem wir vergeblich nach einem gang- oder auch nur kletterbaren Abstieg zu einer gedecklichen Wirtschaft und Politik suchen. Während hier der Überfluß in der Zahl der Geburten über die Zahl der Sterbefälle z. B. im Jahre 1920 fast 4000 erreichte und 1922 noch 1756 betrug ist die Zahl der Lebendgeborenen in München in den letzten Monaten unter die Zahl der Sterbefälle gesunken. Während auf den jetzt wieder schön gepflegten Promenaden eine selbst in den besten Friedens-Frieden-Sommern kaum gesehene Menge elegantersten Publikums, die Mehrzahl Ausländer, flaniert und es in den vornehmen Gaststätten und Vergnügungsorten hoch hergeht, harren schon am Abend ganze Züge von Frauen und Kindern vor der Freibank, wo die Stadt minderwertigste Fleisch zu ermäßigtem Preis abgibt, und warten auf dem zugigen Platz die ganze Nacht hindurch, um am Morgen ein Stückchen schlechtes Fleisch zu erlängen.

Über die Besimisten sollen nicht recht behalten! Der Sommer 1923 muß uns ein Zeichen des ungebrochenen Lebensmutes, der Tatkraft und Schaffensfreude bleiben, die den deutschen Sitten und seine schöne Hauptstadt an der Isar beleben. Woran wie hier immer die bildenden Künste, Theater, Musik und als neuer, noch nicht genügend gewürdigter Bruder, der Film.

In den gemaltigen Räumen des Glaspalastes ist die große Münchener Kunstausstellung eröffnet, die das gegenwärtige Kunstschaffen mit mehr als 2700 Werken vorführt. Die Münchener Künstlergenossenschaft, die

Obwohl es unrichtig ist, daß man in Brüssel daran gedacht hat, eine Konferenz aller Hauptalliierten herbeizuführen, dürfte es nicht überraschend sein, wenn Herr Theunis sich bemühen würde, in diesen Tagen Poincaré von neuem zu treffen, um die Zusammenarbeit der beiden Länder in dieser schwierigen Stunde noch enger zu gestalten. Die belgische Kammer hat mit 94 gegen 63 Stimmen bei einigen Enthaltungen dem Kabinett Theunis ihr Vertrauen ausgesprochen.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: In Duisburg begab sich eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Justizbehörden und der Geistlichkeit in das Hauptquartier des kommandierenden belgischen Generals, um dem General das Bedauern über die jüngst erfolgte Katastrophe bei Hochfeld auszusprechen und um die Befreiung der Geiseln zu bitten. Der General hat es abgelehnt, die Abordnung zu empfangen und ihr durch einen Offizier sagen lassen, eine Befreiung der Geiseln oder eine Erleichterung ihres Loses, sowie eine Milderung der verhängten Strafmaßnahmen könne nicht in Frage kommen.

Die „Rheinische Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von sachkundiger wissenschaftlicher Seite über das Duisburger Eisenbahnunglück, in der auf die Tatsache hingewiesen wird, daß das Untergestell des neppurengten Wagens fast unversehrt geblieben ist und daß auch die Gleise und die Brückenbahn nicht beschädigt worden sind, daß dagegen der Wagenkasten vollständig auseinandergefallen ist. Es gibt — so heißt es in der Zuschrift — nur eine einzige einwandfreie Erklärung für diese Erscheinungen, nämlich die, daß eine Gasexplosion im Wagen erfolgt ist.

Mit welcher Brutalität von den Franzosen die Absperrung der besetzten von dem unbesetzten Gebiet ohne Rücksicht auf die hervorgerufene Lebensmittellage ghandhabt wird, zeigt die Tatsache, daß Milchtransporte in das besetzte Gebiet nicht hineingelassen werden. Ferner wird die Ein- und Ausreise von Geistlichen, die Sterbenden die letzte Stung bringen wollen, verweigert. Ebenso sind Krankentransporte zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet verboten worden, was besonders die ländliche Bevölkerung beim Fehlen ausreichender ärztlicher Fürsorge hart trifft.

Durch Patrouillen, die die Straßensperre durchführten, wurden in Duisburg ein Deutscher getötet und drei weitere verletzt.

In Essen wurde durch eine Patrouille französischer Alpenjäger ein Deutscher erschossen und einer schwer verletzt.

In einer in Barmen abgehaltenen Pressekonferenz hat sich Regierungspräsident Dr. Grüner über die Sabotageakte geäußert. Er beurteilte sie, weil sie nur geeignet seien, Erbitterung und Mißmut bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes hervorzurufen. Er wies aber zugleich darauf hin, daß die Besatzungsmächte einen großen Teil Schuld tragen dadurch, daß von den Franzosen und Belgiern, Waggons, die mit Dynamit beladen und für Sprengungen in den Bergwerken bestimmt waren, beschlagnahmt wurden, monatelang kaum benützt auf toten Gleisen stehen blieben. Dadurch haben Unberufene sich leicht mit Sprengstoff versehen können. Dr. Grüner betonte auch, daß die Kommunisten mit den belgischen Kriminalbeamten zusammenarbeiten. Er erinnerte daran, daß neulich Kommunisten und belgische Geheimpolizisten, wie ganz einwandfrei festgestellt wurde, in einer Wirtschaft in Duisburg den Plan besprochen haben, das dortige Rathaus in die Luft zu sprengen.

Düsseldorf, 7. Juli. Seit vorgestern sind alle Düsseldorf-Beitungen von den Besatzungsbehörden verboten worden. Die von den Franzosen in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitungen werden kostenlos verteilt.

Wie weiter aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, entfallen die französischen Besatzungstruppen in der Umgebung der neubesetzten Orte Westhofen und Wülgen eine besonders rege Patrouillenaktivität. Aber Witten wurde am 6. Juli der Belagerungszustand verhängt. Die Besatzungsbehörden in Duisburg haben die Ausweisung von 173 Eisenbahnern und 70 Zollbeamten verfügt. Ferner erhielten sämtliche Zollbeamte, etwa 200, des Brüdenlopfes Duisburg-Ruhrort den Ausweisungsbefehl.

Seit gestern nachmittags wird die Verkehrsperre auch von den Engländern äußerst streng durchgeführt.

Vendorn, 6. Juli. Hierern abend erschienen zwei französische Kriminalbeamte auf der hiesigen Steuerkasse und beschlagnahmten den Kassenbestand im Betrage von 21 Millionen Mark. Außerdem wurden aus dem Büro des Arbeitsnachweises für Arbeiter bestimmte Lohnsummen in Höhe von etwa 72 Millionen Mark beschlagnahmt.

Nam, 6. Juli. Es verlautet, daß Monsignore Testa vom Papste beauftragt worden sei; über die wahre Ursache des Eisenbahnunglücks bei Duisburg nachzuerfragen, da der Papst die Nachstellung, das Unglück sei nicht auf Sabotage, sondern auf Unachtsamkeit der Eisenbahner zurückzuführen, aus Gründen der Gerechtigkeit nicht ununtersucht lassen will.

Das Treiben der Nationalisten.

Berlin, 6. Juli. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlicht von neuem Mitteilungen über Fußstapeln der Nationalsozialistischen Verbände. So bestche in Stettin und anderen pommerischen Städten ein „Bund der Heimatfreunde“, dessen Mitglieder, ausschließlich frühere Zeitfreiwillige, in Kompanien und Fußtruppen eingeteilt, die Aufgabe übernommen hätten, im gegebenen Fall die öffentlichen Gebäude Stettins und anderer Städte zu besetzen und die gegnerischen Führer zu verhaften. Mit den übrigen rechtsradikalen Sport- und Jungmännerverbänden bestche eine gemeinsame pommerische Provinzialleitung, deren Führer der frühere Kommandeur des Stettiner Wehrkreiskommandos, Generalleutnant von Hammerstein-Gesmold sei. In der Niederlausitz würden noch heute für verbotene Geheimorganisationen Mittel der Kreisstellen verwendet. Der Korrespondent nennt den Spremberger Landrat Wilkins als einen der leidenden Herren des Niederlausitzer Heimatbundes, dessen Ziele wie folgt zusammengefaßt werden: Wiederherstellung der Reichsgrenze vom Aug. 1914 u. Zurückgewinnung der deutschen Kolonien, Erzwingung einer Präzidentenwahl für den Reichspräsidenten, Wiederherstellung der Monarchie, rücksichtsloser Kampf gegen die parlamentarische Parteienregierung, Ausschließung der Arbeiterführer, außerdem die Vorbereitung zur Wiedererrichtung der Monarchie, des alten Heeres und der alten Kriegsflootte.

Die Nachrichten dieser Art, in denen immer wieder von der Beteiligung behördlicher Stellen und Reichswehrangehöriger die Rede ist, häufen sich in der letzten Zeit immer mehr. Auffällig ist das gleichzeitige Wiedererwachen der verbotenen Organisationen in räumlich weit auseinanderliegenden Teilen des Reiches. Die „Frankf. Ztg.“ erinnert dabei auch an die kürzlich gemeldeten Vorgänge in Aischaffenburg und Umgebung, wo förmliche Stammrollen aufgestellt und regelrechte Geländeübungen abgehalten wurden.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 7. Juli. Bei dem päpstlichen Nuntius Pacelli fand ein Frühstück statt, zu dem Reichsminister Dr. Cuno, Reichsstaatsminister von Rosenburg, Reichsarbeitsminister Brauns, der Führer der Zentrumspartei Marx, ferner von der Reichslanglei Herr von Vebra und vom auswärtigen Amt der Referent für vatikanische Angelegenheiten Freiherr von Ow-Wachendorf, erschienen waren. Durch die vorzeitige Veröffentlichung der Instruktionsbestehende an den Nuntius, die in Rom bekannt gegeben wurde, als sie in München noch keine 12 Stunden eingetroffen war, ist die Aufgabe des Nuntius jedenfalls erschwert, denn schon haben einzelne deutsche Blätter die Dinge so hingestellt, als ob der Papst der deutschen Regierung vorzöge, was sie zu tun habe. Niemand wird mehr als gerade Nuntius Pacelli bedauern, daß zu einer solchen Stellungnahme ein Vorwand gegeben wurde und man darf hoffen, daß dies an der ruhigen Würdigung der päpstlichen Anrede von Seiten der Reichsregierung nichts ändert.

Berlin, 6. Juli. Wie der preussische Minister des Innern mitteilt, ist durch Entscheidung der Film-Oberprüfungsstelle die öffentliche Vorführung des Filmdreiecks „Hindenburgs Dampfschiff“, der von der Industrie Film A. G. hergeleitet worden ist, endgültig im ganzen deutschen Reich verboten worden.

Hamburg, 6. Juli. Der Norddeutschen Mission ist es gelungen, die Erlaubnis zu erhalten, drei ihrer alten Missionare auf ihre Stationen nach Togo zurückzuführen.

München, 6. Juli. Der „fränkische Volksfreund“ in Würzburg und die „fränkische Tagespost“ in Nürnberg, beides sozialdemokratische Blätter, sind auf 8 bzw. 5 Tage wegen der Wiedergabe eines Artikels der Frankfurter „Volksstimme“ über „Hakenkreuzer-Mobilisierung im Aischaffener Bezirk“ verboten worden.

Berlin, 7. Juli. Die Zahl der Streikenden in der Berliner Metallindustrie beträgt über 90 000. Unter diesen Werken befinden sich alle Berliner Großbetriebe mit Ausnahme der A. G. Die Ausföhrung der Wollstandsarbeiten ist sichergestellt.

alte und neue Sezession, „Der Bund“, „Die Bayern“, „Die Quipold-Gruppe“, „Die freie Ausstellung“, der „Verein Münchener Aquarellisten“, der „Verein für Originalgraphik“, der „Kunstgewerbeverein“, die „Architektur“ und der „Süddeutsche Illustratorenverband“ vereinigen ihre besten Leistungen in diesen Räumen; auch den Kopien, die früher auf der Galerie ein wenig beachtetes Dasein fristeten, ist ein großer Saal eingeräumt. Kommt doch in unserer Zeit des Niedergangs und der kulturellen Verwirrung der Kopie alter Meisterhaftigkeit, der Anregung durch meisterliche Tradition, besondere Bedeutung zu. Unter den neuer weniger vertretenen Sammelausstellungen einzelner Künstler begrüßen wir den Schachmaler und trefflichen Illustator Anton Hoffmann, und eine Anzahl von Studien M. Gaisers, Fritz Erler und Weder und dahl. Von dem verstorbenen Plastiker Charles Jüdele sehen wir eine Reihe seiner lebensvollen Bildnisbüsten. Die Plastik ist überhaup mit originellen, padenden Werken reichlich erschienen. Der Gesamtindruck der Ioder und liebevoll gehaltenen Ausstellung erhebt sich über manche ihrer Vorgängerinnen durch einen besseren Durchschnitt gefälliger, ja mit anregender Frische und zurückhaltender Manier gemalter Bilder. Neben unseren Altmeistern wie Baiel, Volpiano, Kalman, Gerharden, Habermann, Bügel, Herterich, Stuck, Hengeler, Samberger, Diez, Schramm-Bittau, Winteritz, Feldbauer, kommt wieder mancher „junge“, dem der persönliche Ausdruck noch über alles geht, auch über die Grenzen der Logik. Aber selbst der Subjektivismus und extreme Expressionismus scheint allmählich Wasser in seinen gärenden Wost zu tun. Nur Wenige Bilder scheinen aus dem Geiste geboren, der Welt, Wahrheit und Schönheit verneint, um nur sich selbst zu besagen. Vielleicht hat auch mancher eingeschoben, daß Spulgestalten, bei denen der lauffähige Laie nur den Dreck und nicht das Feuer erkennt, keine Lebenserfüllung gewahren. Dagegen erblickt man jetzt schon wenige Wochen nach der Eröffnung der Ausstellung im Glaspalast, unter einer überausreichen Menge von gefälligen Kunstwerken: „Zettel“, „Berkauf“ und die Preise, die arbeitslos und verzweifelt werden, sind derart, daß z. B. wir Schwärzler unsere Rollen von der anderen Fakultät nur leihweise erhalten können. Viel verlässliche und lauffähige Kunstwerke und kunstgewerbliche Arbeiten zeigt uns auch die Münchener „Edelmesse“, die sich in einem architektonisch und raumkünstlerisch

herausragenden Willenprachtbau, dem ehemaligen „Neuberg-Hausen“ im Nordosten, aufgetan hat. Unsere sommerlichen Bühnenfestspiele sind aber immer noch die angelegentlichste Münchener Kunstausstellung. Die heutigen Opernfestspiele der Bayerischen Staatsoper verleben in der Zeit vom 1. August bis 25. September neben Richard Wagner und Mozart unter der Führung unseres tatkräftigen Generalmusikdirektors Hans Knappertsbusch (als Gast auch Dr. Karl Muck) Meisterwerke von Richard Strauß und Hans Pfitzner. Sonderaufführungen des Staatschauspiels, das sich unter der Leitung des Generalintendanten Dr. Karl Zeiß auf eine lange ersehnte, fast überaus hohe Höhe erhoben hat, bringen im „National“, „Hedens“ und „Kunsttheater“ Heibel, Shakespeare, Lessing, Calderon und ausserlesene moderne Lustspiele. In unserem sehenswerten Theatermuseum, der edlen Stiftung Maria Ziegler, ist zurzeit ein höchst beachtenswertes Theaterprojekt des Reformers Teichlinger und Architekten Rosenbaum ausgestellt. Teichlinger will den trennenden Bühnenrahmen beseitigen, der aus unästhetischen, rein gesellschaftlichen Gründen in den letzten Jahrzehnten um das Bühnenbild gelegt worden ist und die Dimensionen, den Rhythmus des Spiels um seine volle Auswirkung gebracht hat. Er legt die Bühne inmitten der Zuschauer, die Trennung vom Zuschauer ist durch eine um die Bühne aus Verankerungen gebildete breite Stufe, eine Brüstung und durch die Lichtwirkung der Scheinwerferbeleuchtung geplant. Das mit großer Sachkunde erdachte und im einzelnen übersichtlich ausgearbeitete Projekt überträgt wohl alle neueren theaterreformrischen Versuche durch seine Originalität; es bietet den heute ganz besonders schwerwiegenden Vorzug der geringsten Bau- und Betriebskosten.

Trotzdem muß sich die Theaterbaulust in nächster Zeit wohl — auf das florierende Lichtspiel beschränken, das allein noch über die notwendigen Kapitalitäten zu verfügen scheint. So wird in Schwabing ein neuer Kinopalast, ein Lichtspielhaus für 1400 Sitzplätze errichtet, das man noch in diesem Jahre dem Betrieb übergeben zu können hofft. Die Münchener Filmindustrie hat sich unter der zielbewußten und kapitalstärkenden Führung unserer zweitgrößten deutschen Filmkonzerns, der Münchener Lichtspielkunst A. G. (Cemeta) allmählich nicht nur den deutschen, sondern den Weltmarkt erobert. Rom-

Berlin, 6. Juli. Die heutigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Abendstunden zu einer Einigung geführt. In der Klasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulagen für Handwerker 8298 Mark, für die ungeschulten Arbeiter 7689 Mark ab 1. Juli betragen. Die Höchstgrenze der Ortslohnzulagen beträgt 50 Prozent. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden morgen vormittag geführt. Die eingeleiteten Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwertes sollen fortgeführt werden.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Das Landeskirchensteuergesetz.

Wie es von der Regierung abgeändert und in der vorigen Dienstagnummer von der „Karlstr. Ztg.“ im Text und in der Begründung veröffentlicht worden ist, hat der Haushaltsausschuß am Mittwoch verabschiedet. Der Berichterstatter, Abg. Mayer-Karlstrube, gab noch folgenden Antrag des O. berkirchensrates bekannt:

Art. 14 des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1922 erhält als Absatz 2 und 3 folgende Fassung:

Wenn zurzeit der Erhebung der allgemeinen Kirchensteuer eine erhebliche Verschärfung des Geldwertes gegenüber dem Ende des Veranlagungsjahres der als Kriterien maßgebenden Einkommensteuer und dem Stichtag der Grund- und Gewerbesteuer eingetreten ist, so kann das Kultusministerium für die vorläufige sowie für die endgültige Erhebung der Steuer eine Entwertungszahl festsetzen, mit der die von den einzelnen Religionsgesellschaften beschlossenen Steuerätze zu vervielfachen sind.

Die Entwertungszahl ist für alle in dem betreffenden Jahre allgemeine Kirchensteuer erhebenden Religionsgesellschaften einheitlich festzusetzen und darf das zehnfache — falls die maßgebenden Kriterien sich bei der Einkommensteuer nicht auf das Veranlagungsjahr des Vorjahres, bei der Grund- und Gewerbesteuer nicht auf die dem letzten Stichtag derselben entsprechende Veranlagung, sondern auf ältere Steuergrundlagen beziehen, das fünfzigfache — des in Absatz 1 bezeichneten Höchststeuerjahres nicht übersteigen. Sie kann für die Reichseinkommensteuer und für die Landessteuer vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb verschieden hoch bemessen werden.

Der Antrag wurde mit 14 gegen 5 Stimmen, ebenso die Regierungsvorlage mit der gleichen Mehrheit angenommen. Ein demokratischer Antrag, auf das 10fache zu gehen, erfuhr Ablehnung mit 10 gegen 7 Stimmen. Ebenfalls abgelehnt wurden zwei sozialdemokratische Anträge, von denen der eine die Streichung des ganzen Artikels 14 des Landeskirchensteuergesetzes verlangte, damit die Kirchensteuern in beliebiger Höhe festgesetzt werden können, und der andere sozialdemokratische Antrag, welcher die Streichung des Absatzes 2 und 3, daß die Erhebung des 10fachen des Höchststeuerjahres nicht überschritten werden darf, angenommen wissen wollte.

Aus den vorgenommenen Abstimmungen ergab sich die Stellungnahme der einzelnen Parteien. Das Unterrichtsministerium besaß die Mehrheit, daß die Steuererhöhung zur Erhebung der Kirchensteuer immer noch nicht vorliegen. Das Gesetz bedeutet einen Fortschritt; die Entwertungszahlen ermöglichen erst die Vorzahlung an die Kirchengemeinschaften.

Ein Verfahren wegen Geheimbücherei.

Wörrach, 7. Juli. Aus der Vorgeschichte des Strafprozesses Rudiger ging ein Ermittlungsverfahren gegen etwa 15 Personen hervor, die an den Untertanen der in Baden verbotenen nationalsozialistischen Partei verächtlich sind. Die Akten über das Ergebnis der Voruntersuchung befinden sich in Händen des Reichsanwalts in Leipzig, der darüber entscheiden wird, ob zur Beurteilung der Staatsgerichtshof oder das Landgericht Freiburg-Wehringen dient.

Was muß ich an Wohnabgabe zahlen?

Darüber zerbrechen sich heute viele die Köpfe. Die (gelinde ausgedrückt) wenig geschickte Aufstellung des Forderungszettels der Stadthauptkasse Karlsruhe über Wohnungsabgabe im Rechnungsjahr 1923 ist allerdings nicht geeignet, in Verbindung mit der in letzter Zeit erschienenen Bekanntmachung des Oberbürgermeisters Arbeit über obige Frage zu gewinnen. Man wird bei logischem Denken davon ausgehen haben, daß die Abgabe für den Zeitraum eines Jahres (nämlich 1. April 1923 bis 31. März 1924) berechnet ist. Daraus ergibt sich sofort das eine, daß als Monatsbetrags (nicht zu verwechseln mit dem in dem Forderungszettel angegebenen Monats-Zahlungssatz) ein Zwölftel der Jahressumme zu rechnen ist. Nach der Bekanntmachung des Oberbürger-

meisters vom 26. Juni 1923 ist die Abgabe vom Juni an (also für 10 Monate des obengenannten jährlichen Erhebungszeitraums) um 100 Prozent erhöht worden. Beträgt also die Gesamtabgabe beispielsweise nach dem Forderungszettel 120 000 Mark, so sind zunächst für die Monate April und Mai $2 \times 120 000 = 240 000$ Mark und für Juni 1923 bis mit März 1924, (sind 10 Monate) $10 \times 240 000 = 2 400 000$ Mark, im ganzen also 2 640 000 Mark zu zahlen. Dies die Berechnung der Abgabe nach bisher gewohnten Grundätzen.

Die Methode der Stadt Karlsruhe besteht aber in ihrem Wohnabgabe-Forderungszettel und dazu gehöriger Bekanntmachung folgende Zahlungsweise vorzuschlagen:

Fällig am	ursprünglich	nach der Veranlagung vom 1. Juni an
31. Mai 1923	150 v. S. = 15 000	15 000
30. Juni	150 " = 15 000	30 000
31. Juli	100 " = 10 000	20 000
31. Aug.	100 " = 10 000	20 000
30. Sept.	100 " = 10 000	20 000
31. Okt.	100 " = 10 000	20 000
30. Nov.	100 " = 10 000	20 000
31. Dez.	100 " = 10 000	20 000
31. Jan. 1924	100 " = 10 000	20 000
28. Febr.	100 " = 10 000	20 000
31. März	100 " = 10 000	20 000
auf 120 000		225 000

In der Bekanntmachung heißt es nämlich im zweiten Satz: Die monatliche Abgabe beträgt hiermit für den Monat Juni 1923 anstatt 150 v. S. des Steuerwertes 300 v. S., für die folgenden Monate anstatt 100 v. S., 200 v. S. des Steuerwertes.

Bei der eingangs erwähnten Berechnung beträgt somit die Wohnabgabe im Jahr 1923 2 640 000 M., nach der zweiten (in weiten Kreisen angefochtenen) dagegen 225 000 M. Was ist richtig?

Der verhängnisvolle Irrtum liegt m. E. darin, daß wie oben schon angedeutet, zwischen Monatsbetrags und Abgabe überhaupt und Monatszahlungsbeitrag nicht unterschieden wird. Wenn die Bekanntmachung im zweiten Satz von „monatlicher Abgabe“ spricht, so ist darunter der auf einen Monat (also ein Zwölftel des Jahresbetrags) entfallende Betrag zu verstehen und nicht anderes. Daß die Bekanntmachung schamlos die Erhöhung von 100 Prozent auf die von der Stadt beliebige festsetzbaren Monatszahlungsbeiträge anwendet, führt zu dem abweichenden Jahresergebnis.

Es wäre erwünscht, wenn von maßgebenden Kreisen alsbald der Stadt Karlsruhe zu Hilfe gerufen würde, um für die Bevölkerung in einwandfreier Weise festzustellen, was nun eigentlich an Wohnungsabgabe von Rechts wegen auf Grund der Erhöhung zu zahlen ist.

Durch den Anreiz zu Vorauszahlungen bei solch zweifelhafter Aufforderung zur Zahlung ist das Kaufen- und Abrechnungswesen über diese Abgabe für die damit betrauten Stellen wahrlich gründlich „verfälscht“. Die Zahlungspflichtigen sind aber daran nicht schuld.

* Nämlich, aber dann die Monatsbeiträge für April und Mai gekürzt, aber dann verdoppelte Jahresbetrag: $(120 000 - 20 000) \times 2 = 200 000$.

Naturgetreu wiedergegeben.

Der Schriftsteller Adam Höber läßt sich neuerdings über die Deutschnationalen folgendermaßen aus:

... Die Intelligenz in den ehemals konservativen Kreisen hat völlig abgedankt. Professoren, Akademiker, Priester, Adlige, Studenten, höhere Beamte haben sich — weil der Umkreis ihrer Macht- und Einflußsphäre durch die heutige Entwicklung eingegrenzt erscheint — jedes gerechten und sachlichen Urteils beraubt und folgen, von Instinkten getrieben, den rohen Einseitigkeiten einer billigen Demagogie, die sich vornehmlich an einem auf anfängliche Menschen elsthaft wirkenden Antisemitismus beruht. Daß Geister, deren moralische Brüchigkeit für jeden Unbefangenen auf der Hand liegt, wie Reventlow, Wulle, Dinter, Kunze, Maurenbrecher und der in jeder halbwegs normalen nationalen Geistesverfassung unmögliche Hitler ausgerechnet rechts eine Rolle spielen können, das beweist mehr als alles andere ein Zurückbleiben der deutschen Geistigkeit aus der Sphäre der Gerechtigkeit und des Idealismus in die Niederung triebhafter Instinkte. ... Was sich heute als „Rechte“ aufbaut, ist billiger Opportunismus, Schlagwortpolitik der Gasse, Resentiment der politisch, sozial und wirtschaftlich Disqualifizierten und Kulisse der im Kapitalismus inbestimmten skrupellos vorbreitenden Großindustrie.

Der Karlsruher „Volkstempel“ bemerkt dazu: Herr Höber bezeichnet sich heute, oh als einen guten Konservativen, er muß also besser als irgend jemand sonst die Führer der Partei kennen. Wer aber das Gebahren der D. Mayer, Mager,

kurfürstliche und königliche Hoffuhrwesen von der achtspannigen Krönungskarosse bis zum bescheidenen Jagdwagen des alten Prinzregenten Luitpold und dem Prunktotemwagen ausgestellt. Diese Schätze-Schau ist in kulturgeschichtlicher Beziehung sehr reizvoll. Dr. Friedrich Köhl.

Besteht Donauerschiffen bereits im Müßiggang der Gegenwart einen guten Klang, so hat es jezt auch auf dem Gebiet der bildenden Kunst einen erfolgreichen Schritt getan durch die Ausstellung moderner Graphik aus Donauerschiffen Privatbesitz und dem F. Fürstenbergischen Kupferstichkabinett. Auf Anregung des dort wohnhaften Malers Erwin Geirich, der auch die Auswahl und Anordnung getroffen hat, wurde die Ausstellung vom Donauerschiffen Verkehrsverein im Kurhaus veranstaltet. Mit Thoma und Steinhausen beginnend, bietet sie in den 150 Mäxtern einen interessanten Auschnitt aus der Entwicklung der Graphik mit größtenteils ganz hervorragenden Werken der führenden Graphiker.

Zeitschriftenschau.

Europäische Gespräche, Hamburger Monatshefte für auswärtige Politik, herausgegeben von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy. Verlag der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart; 1. Heft Juni 1923, 88 Seiten, 8000 M. — Inhalt: Mahnung an Europa: Ausführungen von G. W. J. Bruins, Joan Marj Kru, Joes-Guyot, Jean Longuet, Robert Pilot, W. Simons, A. Söderblom, Ch. Trevelyan, Jhr. von Weede. Europäische Politik von A. Mendelssohn Bartholdy. Der Kappall-Vertrag von A. Mendelssohn Bartholdy. Dokumente: Die englisch-deutsche Jagdabkommen von 1914 (Gooch-Engelke des Papstes); Rede des amerikanischen Vertreters Woodhull in der Reparationskommission (Erklärung der finnischen Juristen gegen die Ruhraktion); Notenwechsel der Schweiz u. Frankreich in der Zonenfrage. Besprechungen: Die große Politik der europ. Kabinette 1870—1914 (Gooch, History of Modern Europe) Walters Wiltonbuch (Die Demotoren Biologie). Bibliographie der Neuerscheinungen zur Außenpolitik Januar bis März.

Schmidt-Bretten usw. z. B. im Landtag bei jeder Sitzung verfolgt, der muß bestätigen, daß an der Räderischen Charakterisierung der Deutschnationalen Partei und deren Führer aber auch nicht das Tüpfelchen auf dem i fehlt. So sind sie, wie Höber sie schildert.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 32 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Änderung des Pinterlegungsgebietes, Bekanntmachung und Verordnung des Ministeriums der Finanzen: Geldentwertungszuschläge zu den Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923; des Ministeriums des Innern: Gebühren der Reichscharakter.

DZ. Von der badischen Textilindustrie. Die Lohnverhandlungen für die erste Jahreshälfte führten am 5. d. M. zu keinem Abschluß, trotzdem in den Verhandlungen bereits Lohnangebote gemacht worden waren, die höher waren als die Löhne, die in der übrigen süddeutschen Textilindustrie in Württemberg und Bayern für die gleiche Zeit nach Vereinbarung mit den gleichen Gewerkschaften bezahlt werden. In den Verhandlungen waren von Arbeitgeberseite verschiedene Vorschläge dahingehend gemacht worden, zur Vermeidung der Entwertung des Arbeitsverdienstes eine schnellere Auszahlung des verdienten Lohnes alsbald nach jeder Arbeitswoche zu ermöglichen. Leider haben auch diese Vorschläge infolge des Scheiterns der Verhandlungen vorerst zu keinem Ergebnis geführt.

Bruchsal, 6. Juli. Die Nebenbahn Bruchsal-Menzingen, die vor einigen Monaten ihren Sonntagsbetrieb eingestellt hatte, ist durch den umfangreichen Kirchenverband aus den Straidgaworten genötigt, an den Sonntagen im Juli zu verkehren. Dagegen liegt die Nebenbahnlinie Bruchsal-Gilsbach, die durch eine weniger kirchensreiche Gegend zieht, auch weiterhin Sonntags still.

DZ. Rehl, 6. Juli. Der Gastwirt Max Städt von hier habe mit einem Freunde beim Schloß-Jackelkopf, als französisches Militär von einer Brückenabsperrung in den jenseitigen Kleinen Rhein zurückkehrten. Bei der Einfahrt trippte eines der Boote um, wodurch drei Soldaten in ernste Lebensgefahr gerieten. Dem mutigen Verhalten des Gastwirts Städt gelang es, zwei der Soldaten zu retten, während der dritte selbst das Ufer erreichen konnte.

DZ. Offenburg, 6. Juli. Die Verkehrsperre auf der Landstraße Offenburg-Appenweier ist wieder aufgehoben worden. Der Verkehr mit den Gemeinden Egersweier und Windischlag ist wieder frei.

DZ. Schopfheim, 5. Juli. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung die Kosten für einen Neubau, der auf circa 475 Millionen Mark veranschlagt sind. Über die Art der Deckung der von diesem Aufwand noch ungedeckten circa 200 Millionen Mark wird nach Vorlage eines genauen Deckungsplanes der Bürgerausschuß weiter zu entscheiden haben.

Aus der Landeshauptstadt.

Erzbischof Dr. Freis wird am Montag den 9. Juni, abends 6 Uhr, hier eintreffen und in der St. Stefankirche feierlich empfangen werden. Im Laufe der Woche wird der Erzbischof die hl. Firmung erteilen.

An der Technischen Hochschule Karlsruhe sind im laufenden Sommersemester 1772 Studierende und 170 Gasthörer eingeschrieben; die Besuchsziffer beläuft sich somit im ganzen auf 1942. Die Studierenden verteilen sich auf die einzelnen Fachabteilungen wie folgt: Mathematik und allgemein bildende Fächer 100, Architektur 121, Bauingenieurwesen 300, Maschinenwesen 504, Elektrotechnik 444, Chemie 308. Von den als Studierende immatrikulierten 47 Damen gehören an: der Allgemeinen Abteilung 28, Architektur 4, Bauingenieurwesen 2, Elektrotechnik 1 und Chemie 14.

Badischer Verein für Geflügelzucht. In der Monatsversammlung gab der Vorsitzende, Herr Langenstein Mitteilungen über eine geplante Lokalausstellung im Dezember. Im weiteren ging man über auf die Geldentwertung und deren Auswirkung auf die Vereinskasse und die Kasse der Futtermittelwirtschaft. Es wurde beschlossen, daß der Beitrag für das zweite Halbjahr 2000 Mark oder 2 Eier betragen soll, wofür letztere an noch bekannt zu gebenden Sammelstellen bis 1. August abgeliefert und dann durch den Verein zu ermäßigtem Preise an das Kinderkrankenheim zur Ablieferung kommen sollen. Die Anteile der Futtermittelwirtschaft sollen auf das zehnfache erhöht werden, da sonst auf die hohen Futtermittelpreise die nötigen Anzahlungen nicht geleistet werden können. Es ist also, um die Futtermittelwirtschaft finanziell zu unterstützen, eine Stärkung der Finanzen erforderlich.

Die hiesigen Arbeiter sind laut „Volkstempel“ in passiver Resistenz getreten, weil die Stadtverwaltung das Verlangen auf Genehmigung eines Vorstufes von 100 000 M. auf die kommende Lohnhöhung strikte ablehnte, den Beamten wurde jedoch das Gehalt für ein Vierteljahr vorausbezahlt. Die Vermittlung des Gewerkschaftsartells in Verbindung mit dem Arbeitsministerium ist abgelehnt worden.

Literarische Neuerscheinungen.

Die wichtigsten Reichs-Steuerliche in Tabellenform von Rechtsanwält Dr. Oppenheimer und Amtsrichter a. D. Kiefer. Die kleine Broschüre füllt Geschäftsleute, Fabrikanten usw. rasch in Stand, sich ohne Zeitverlust ein Bild machen zu können, mit welchen zu zahlenden Steuerbeträgen sie zu rechnen haben. — (Industrie-Verlag Spaeth & Binde in Berlin C 2).

Die deutsche Zwangsleihe, insbesondere geschichtlich und kritisch gewürdigt von Waldemar Sauerz f, Direktor der Nordwestdeutschen Freihand A.-G. in Hannover.

Die 47 Seiten umfassende Schrift behandelt nach finanzwissenschaftlichen Vorbetrachtungen zur Zwangsleihe, ihre Entstehungsgeschichte, die Anleihtechnik, Steuerrecht und Steuerrecht sowie Wechselwirkungen und Zusammenhänge mit anderen Steuererzeugnissen. — (Verlag Spaeth & Binde, Berlin C 2).

Staatsanzeiger.

Dem württembergischen Landesverband vom Roten Kreuz, dem württembergischen Kriegerbund, dem württembergischen Landesauschuß der Nationalität für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen, der Zweigstelle Württemberg des Invalidendanks, alle in Stuttgart, sowie dem Zweigauschuß Schwaben des Verbands für deutsche Jugendherbergen in Tübingen wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 4. Juli 1923.
Der Minister des Innern
R e m m e l e.

